



Vorlage Nr. 21-O-25-0047

Tagesordnungspunkt 3.1

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kastel am 15. Dezember 2021

Prüfungen für eine weitere Rheinbrücke (SV 51)

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP:

Wie der Präsentation zur Verkehrsuntersuchung des Zentrums für integrierte Verkehrssysteme, Darmstadt zu entnehmen ist (nachzulesen in der Anlage des Protokolls der Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden am 18.3.2021), wurden drei potentielle Brückenstandorte hinsichtlich

- möglicher Veränderungen der Verkehrsaufkommen,
- dem Variantenvergleich mit pro und contra für jeden Standort,
- der Zusammenfassung der Wirkungen

untersucht.

Hierbei ist festzuhalten, dass nur der Individualverkehr untersucht wurde und auch die Schaffung neuer Wohnbebauung im Bereich Kastel/Kostheim nicht berücksichtigt wurde. Leistungsfähigkeitsnachweise für Knotenpunkte und Streckenabschnitte waren ebenfalls nicht Teil der Untersuchung. Zur Entscheidungsgrundlage ist es daher erforderlich weitere Untersuchungen anzustellen.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Da gemäß Gutachten aus verkehrlicher Sicht die Nachfrage für eine zusätzliche Rheinbrücke vorhanden ist, wird der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden gebeten, weitere Untersuchungen in Auftrag zu geben, wie z.B. die Einbeziehung des ÖPNV, Auswirkungen neuer Wohnbebauungen in den Ortsbezirken Kastel/Kostheim, Leistungsfähigkeitsnachweise (Knotenpunkte/Streckenabschnitte), Wegeprotokollierungen (Zählungen, Befragungen) etc. Hierbei sollen für die einzelnen Standortvarianten jeweils eine Brückenausführung nur für Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und eine alternative Brückenausführung für Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und motorisierten Individualverkehr untersucht werden. Zudem soll bei den Untersuchungen auch nicht nur ermittelt werden, wie viele Verkehrsbewegungen jeweils von der Schiersteiner Brücke und der Weisenauer Brücke verlagert werden; es soll auch dargestellt werden, welcher Anteil jeweils einen kürzeren Fahrweg zur Rheinquerung haben würde und welcher Anteil einen längeren.

Beschluss Nr. 0156

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V.

Bohrer
Ortsvorsteher